



## **Niederschrift**

**-öffentlich-**

**über die**

**Sitzung des Kreistages**

---

Sitzungsdatum: Montag, den 06.05.2024  
Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:55 Uhr  
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

**Anwesend waren:**

Landrat

Eberth, Thomas

Mitglieder der CSU Fraktion

Behon, Rosa

Braunreuther, Sarah

Brohm, Waldemar

Friedrich, Rainer

Götz, Jürgen

anwesend bis 11:05 Uhr

Hellmuth, Thomas

Hügelschäffer, Karl

Krämer, Helmut

Kuhn, Barbara

anwesend bis 11:42 Uhr

Lehrieder, Paul

Losert, Burkard

Menig, Heiko

Rothenbacher, Andrea

Schenk, Markus

Schlier, Konrad

Schmidt, Martina

Schmitt, Roland

Schraud, Rosalinde

Zorn, Sebastian

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Bötsch, Bettina

Celina, Kerstin

Finster, Stefanie

anwesend ab 9:14 Uhr

Hansen, Sebastian

anwesend bis 10:28 Uhr

Hecht, Jessica

anwesend ab 9:03 Uhr

Heeg, Rita

Heußner, Karen

Huber, Sebastian

Nachrücker Müller, Gerhard anwesend

Labeille, Aljoscha

anwesend ab 9:04 Uhr

May-Page, Margarete

Meixner, Josef

Rettner, Stefan

Winzenhörlein, Sven

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fiederling, Hans

Fischer, Alois

Freiherr von Zobel, Felix

anwesend bis 10:28 Uhr

Joßberger, Ernst

anwesend bis 11:02 Uhr

Juks, Peter

anwesend von 9:02 Uhr bis 11:03 Uhr

Kinzinger, Lioba

Menth, Johannes

Neckermann, Heribert

Rützel, Thomas

Schömig, Klara

Wild, Lothar

anwesend bis 11:12 Uhr

### Mitglieder der SPD Fraktion

Eck, Joachim	
Grimm, Tobias	anwesend bis 11:11 Uhr
Halbleib, Volkmar	anwesend von 9:09 Uhr bis 9:50 Uhr
Haupt-Kreutzer, Christine	
Linsenbreder, Eva	
Sachs, Evelyne	
Schlereth, Bernhard	
Schmidt, Klaus	

### Mitglieder der FDP

Kuhl, Florian  
Kuhl, Wolfgang

### Mitglieder der ÖDP

Henneberger, Matthias  
Marold, Viktoria

### Mitglieder der AfD

Seifert, Berthold	anwesend ab 9:21 Uhr
-------------------	----------------------

### Mitglieder des Kreistages (parteilos)

Stabrey, Olaf	anwesend bis 11:15 Uhr
---------------	------------------------

### **Abwesend/Entschuldigt:**

#### Mitglieder der CSU Fraktion

Haaf, Thomas	entschuldigt
Hoffmann, Thomas	entschuldigt
Jungbauer, Björn	entschuldigt
Klüpfel, Uwe	entschuldigt
Ländner, Manfred	entschuldigt
Schmieg, Marion	
Stolzenberger, Michael	entschuldigt
Wild, Martina	entschuldigt

#### Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Hock, Robert, Dr.	entschuldigt
-------------------	--------------

#### Mitglieder der SPD Fraktion

Barrientos, Simone	entschuldigt
Stichler, Peter	entschuldigt
Wolfshörndl, Stefan	entschuldigt

#### Mitglieder der AfD

Hay, Titus, Dr. med.	entschuldigt
----------------------	--------------

#### Protokollführung

Troll, Margarete

Außerdem anwesend:

1 Vertreter der Medien  
diverse Zuhörer

vom Landratsamt:

S - Herr Dröse  
ZB - Herr Umscheid  
GB 1 - Frau Opfermann  
GB 4 - Herr Hollmann  
SFB 3 - Herr Schuster  
SFB 4 - Herr Götz  
SFB 8 - Herr Neubert  
ZFB 3 - Frau Schumacher  
ZFB 3 - Frau Puchalla  
GISt - Frau Wallrapp

vom Kommunalunternehmen:

Frau von Vietinghoff-Scheel

Zweckverband Abfallwirtschaft Raum Würzburg:

Herr Kutscher (Geschäftsleiter)

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

1. Änderung in der Besetzung der Ausschüsse des Kreistags und der sonstigen Gremien **ZFB3/021/2024**
2. Bericht des Behindertenbeauftragten des Landkreises Würzburg **SFB5/002/2024**
3. Information des Zweckverbands Abfallwirtschaft sowie Beschluss über die Errichtung einer Klärschlamm-trocknungsanlage **SFB4/026/2024**
4. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Würzburg **SFB5/003/2024**
5. Konzept zur Fortschreibung der Öko-Modellregion stadt.land.wü. **SFB8/008/2024**
6. Satzung des Landkreises Würzburg über den Feuerwehrbeirat **FB13/005/2024/2**
7. Sonstiges

**Landrat Thomas Eberth** begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

**Kreisrätin Linsenbreder** bittet darum vor Einstieg in die Tagesordnung eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen.

**Landrat Eberth** erteilt ihr das Wort.

**Kreisrätin Linsenbreder** erinnert an die letzte Kreistagssitzung sowie an die letzte Verwaltungsratssitzung des Kommunalunternehmens. Sie teilt mit, dass sie in 28 Jahren Zugehörigkeit im Kreistag noch nie eine derartige Diskussionskultur erlebt habe. Sie bedauere, in der letzten Kreistagssitzung nicht aufgestanden zu sein, um eine Diskussion im Sinne von Recht und Wahrheit zu fordern.

Alle Mitglieder des Kreistages haben zu Beginn ihrer Amtszeit den Eid geleistet zum Wohle des Landkreises Würzburg ihre Arbeit auszurichten. Dieser Schwur sei nicht auf ein Parteibuch begründet. Sie erinnert daran, dass politische Vertreter vom Volk auf Zeit gewählt werden, die Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft des Landkreises tragen und fordert ihre Kolleginnen und Kollegen auf sich in schweren Zeiten auf die Aufgaben des Kreistages zu besinnen.

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>06.05.2024</b>	<b>Vorlage: ZFB3/021/2024</b>
		<b>TOP 1</b>
		<b>öffentlich</b>
Fachbereich: ZFB3 - Sitzungsmanagement und Rechtsfragen		

Betreff:

**Änderung in der Besetzung der Ausschüsse des Kreistags und der sonstigen Gremien**

**Anlage:** Besetzung der Ausschüsse des Kreistages und der sonstigen Gremien  
(lag als Tischvorlage vor)

**Sachverhalt:**

In der Besetzung der Ausschüsse des Kreistags und der sonstigen Gremien ergeben sich unter anderem aufgrund des Ausscheidens eines Mitglieds der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen diverse Änderungen.

Die Änderungen werden in der Sitzung vorgestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt den vorgetragenen Änderungen bei der Besetzung der verschiedenen Ausschüsse des Kreistags sowie der sonstigen Gremien zu.

**Debatte:**

Die Liste Besetzung der Ausschüsse des Kreistages und der sonstigen Gremien liegt den anwesenden Kreisräten als Tischvorlage vor und wird als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt den vorgetragenen Änderungen bei der Besetzung der verschiedenen Ausschüsse des Kreistags sowie der sonstigen Gremien zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2024.05.06/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an ZFB 3, Vorzimmer LR

Zur Kenntnis an ZB, S

Troll  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>06.05.2024</b>	<b>Vorlage: SFB5/002/2024</b>
		<b>TOP 2</b>
		<b>öffentlich</b>
Fachbereich: SFB5 - Büro für Chancengleichheit		

Betreff:

**Bericht des Behindertenbeauftragten des Landkreises Würzburg**

Anlage: Präsentation

**Sachverhalt:**

Ernst Joßberger, Behindertenbeauftragter des Landkreises Würzburg, berichtet in der Sitzung über seine Arbeit.

**Debatte:**

Der Behindertenbeauftragte **Herr Joßberger** berichtet anhand einer Präsentation.

**Folie 1 Bericht**

„Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren,

mein heutiger Bericht als Beauftragter des Landkreises für die Belange von Menschen mit Behinderung umfasst den Zeitraum **März 2022 bis einschließlich April 2024**.

Ich habe ihn inhaltlich in 2 Teile gegliedert: Einige Themen, die die Menschen mit Behinderung betreffen, möchte ich kurz in einen größeren Zusammenhang stellen, um dann schwerpunktmäßig erneut Einblick in meine praktische Tätigkeit und in meine Vorstellungen geben.

**Folie 2 Menschen mit Behinderung**

Wie auf der Graphik zu sehen, lebten lt. Statistischem Bundesamt 2021 ca. 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland mit einer schweren Behinderung. Die Geschlechterverteilung zeigt, dass Frauen und Männer in etwa zu gleichen Teilen betroffen sind. Mit leichtem Überhang der Männer.

Einem aktuellen Bericht der Bundesregierung ist zu entnehmen: „In Deutschland leben rund 13 Millionen mit Beeinträchtigungen, die durch vielfältige Barrieren an einer unabhängigen und gleichberechtigten Lebensgestaltung gehindert werden. Diese Barrieren abzubauen gilt es. Denn von Barrierefreiheit profitieren alle, nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch ältere Menschen oder Familien mit Kindern.“

Blick auf die Ursachen: Von Geburt an 3 %, eher überraschend, durch Unfall/Berufskrankheit 1 %, die allermeisten im Laufe des Lebens durch Krankheit und weitere 5 % haben sonstige Ursachen.

Was die Situation bei uns im Landkreis und seinen Gemeinden anbelangt, werden wir zeitnah erfahren, wenn die Erhebungen im Rahmen des geplanten „Aktionsplans Inklusion“ ausgewertet werden.

### Folie 3 MP Seehofer

Eigentlich sollte Bayern im letzten Jahr 2023 bereits barrierefrei sein. Das hatte der damalige Ministerpräsident Horst Seehofer zum Ziel gesetzt. Doch die Realität sieht noch anders aus. Dazu hat die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf eingeräumt, dass es bei der Barrierefreiheit im Freistaat nicht so schnell vorangeht wie einst gedacht. Die Ansage mit dem barrierefreien Freistaat binnen zehn Jahren sei damals zu ehrgeizig gewesen. Nach Angaben der Ministerien sind nur 68 Prozent der **staatlichen** Gebäude barrierefrei zugänglich und nicht einmal die Hälfte der 1066 Bahnstationen in ganz Bayern. Diese Zahlen sprechen für sich. „Bayern barrierefrei“ bleibe das Ziel, stellte die Ministerin fest. Um dieses hehre Ziel zu erreichen, gilt es also noch ganz viel zu tun!

### Folie 4 UN-Behindertenrechtskonvention

15 Jahre, nachdem die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen von Deutschland angenommen wurde, hat jüngst eine erneute Überprüfung festgestellt, dass Deutschland trotz Umsetzungs-Fortschritten immer noch viel zu unternehmen hat, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Zum 5. Mai, dem *Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen* hat die Aktion Mensch aufgerufen unter dem Motto „*Viel vor für Inklusion! Selbstbestimmt leben – ohne Barrieren.*“ Auch wir vom Landkreis, Frau Erk und ich, haben am vergangenen Freitag auf dem Marktplatz in Würzburg auf dieses Ziel erneut aufmerksam gemacht. Denn

**„Es sollte für uns alle selbstverständlich sein, dass Menschen mit und ohne Behinderung miteinander leben, lernen und auch miteinander arbeiten.“**

### Folie 5 Landkreisjubiläum

Von der UN zum Landkreis Nun der Blick auf meine Aufgaben und Tätigkeiten. In den Berichtszeitraum fällt auch unser Landkreisjubiläum mit dem sehr gut besuchten Tag der offenen Tür am Sonntag. Diese Gelegenheit wollte ich nutzen, möglichst vielen BesucherInnen das Thema Einschränkungen und Barrieren bei meinem Erlebnisparcours durch Selbsterfahrung nahe zu bringen.

Es hat mich gefreut, dass neben zahlreichen Gästen viele BürgermeisterInnen und KreistagskollegInnen durch persönliches Erleben und Empfinden von scheinbar kleinen Hürden und Hindernissen neue Erkenntnisse zu Barrieren und der Notwendigkeit von Verbesserungen mitgenommen haben, wie es zahlreiche Rückmeldungen belegt haben.

### Folie 6 Stellungnahmen zu Bauvorhaben

Dass die vorgeschriebenen Stellungnahmen zu öffentlichen Bauvorhaben zu meinem „Tagesgeschäft“ gehören, hat sich mittlerweile weitgehend rumgesprochen. Die Anfrage dazu und die Umsetzung können allerdings recht unterschiedlich sein.

Kleines Beispiel: Da erreicht mich schon mal eine solche oder ähnlich lautende Email:  
*„Unsere Gemeinde plant derzeit .....Bauvorhaben. Ich darf Sie, als Behindertenbeauftragter des LK Würzburg, um eine Stellungnahme bitten. Unser Kämmerer stellt hierzu derzeit den Förderantrag bei der Regierung von Unterfranken zusammen. Über eine kurzfristige Bearbeitung würden wir uns sehr freuen. Vielen Dank im Voraus. Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.*

Nun, das ist doch erfreulich, wenn man bemerkt, dass bei Maßnahmen auch die Barrierefreiheit zu berücksichtigen ist. Spätestens dann, wenn man für das Bauvorhaben Fördermittel erwartet und diese auch fest miteingeplant hat. So kann man natürlich auch über vermeintliche „Bürokratie“ lästern.

Wie die Folie zeigt, sind die Vorgaben und Grundlagen bekannt. Und auch meine Arbeitsweise hat sich herumgesprochen. Diese ist wie ich meine, transparent und hat sich bewährt. Muss ich nicht mehr vorstellen. Neu ist: Seit Januar dieses Jahres haben wir im Landkreis das digitale Baugenehmigungsverfahren eingeführt. Mit meinen Stellungnahmen bin ich selbstverständlich mit dabei.

### Folie 7 Planung abstimmen

Statt kurzfristiger Emails geht es aber auch ganz anders, was wirklich erfreulich ist. Gerade bei Sanierungen oder Umbauten von Bestandsgebäuden müssen die Gegebenheiten vor Ort im Einzelfall berücksichtigt und praktikable Lösungen gefunden werden. Am besten durch Vorgespräche oder auch durch eine Ortseinsichtnahme. Und, Stellungnahmen müssen kein formaler Akt sein, sie können etwas bewirken. Wenige Beispiele:

Generalsanierung und Erweiterung der Grund- und Mittelschule (Schulverband) in **Margetshöchheim**. Baulich herausfordernd (Altbau, Lage am Berg, mehrgeschossig u. a. mehr) und finanziell aufwendig, auf Einladung des Architektenbüros zwei Vorgespräche, Ergebnis: ein ursprünglich 3. Aufzug konnte eingespart werden und dennoch können alle Stockwerke barrierefrei erreicht werden.

**Apotheke Sommerhausen** Zur guten medizinischen Versorgung einer Gemeinde gehört auch die Apotheke im Ort. Die Apotheke in Sommerhausen war durch Schließung in Gefahr. Für die Genehmigung einer Weiterführung mussten etliche Hürden genommen werden. U.a. auch die nicht vorhandene Barrierefreiheit. Lösung gefunden. Bau einer Rampe, die den örtlichen Gegebenheiten, auch im Altort, angepasst wurde und so von der Apothekenkammer akzeptiert wurde.

**Veitshöchheim**, Ortsmitte, Würzburger Str. Kirchplatz, sehr komplexes und langwieriges Vorhaben, besondere Situation mit dem BfW für Blinde und Sehbehinderte Menschen. Vororttermin mit verschiedenen Betroffenen/Experten Blinde, Menschen im Rollator und Rollstuhl, um das richtige Leitsystem und die Bodenindikatoren mit Planer und Gemeinde zu finden. Im Miteinander Kompromisse finden vor Ort.

**Altes Rathaus in Güntersleben**. Mit gutem Willen, guter Planung, Einbeziehung des Denkmalschutzes kann auch an einem historischen Gebäude mit vertretbarem -auch finanziellen- Aufwand der barrierefreie Zugang hergestellt werden und kann somit weiterhin auch als Treff für Senioren genutzt werden.

## Folie 8 Barrierefreie Bushaltestellen

Auch zur Förderung von barrierefreien Bushaltestellen ist meine Stellungnahme gefragt. Kurzer Überblick, was hat sich seit meinem letzten Bericht getan hat. Mittlerweile gibt es in 40 von 52 Gemeinden im Landkreis barrierefreie Bushaltestellen (entspricht einem Anteil von 77 %). Insgesamt sind 22 Haltestellen dazugekommen und 16 weitere wurden barrierefrei ausgebaut. Lt. Herrn Englert von der APG seien wir damit im Vergleich zu den Nachbarlandkreisen MSP und KT gut aufgestellt. Doch sollte in den fehlenden 12 Gemeinden nicht wenigstens eine barrierefreie Bushaltestelle allen Menschen die Teilnahme am ÖPNV ermöglichen?!

## Folie 9 Barrierefreie Bushaltestellen (Beispiele)

Auch hier gilt für die Planung. Rechtzeitige Vororttermine möglichst mit allen Beteiligten, manchmal auch mit Nachbarn. Dann lassen sich gelegentlich auch unter schwierigen Bedingungen im Altort tragbare Lösungen finden, auch wenn sie nicht allen formalen Vorgaben entsprechen. Und auch bei Neuanlagen sind Ortseinsichten Absprachen erfolgsversprechend.

## Folie 10 Treffen der gemeindlichen Behindertenbeauftragten

Die Verbindung zu den gemeldeten 37 gemeindlichen Behindertenbeauftragten ist mir seit der letzten Kommunalwahl ein besonderes Anliegen. Deswegen lade ich zweimal im Jahr ein zu Treffen mit speziellen

**Themen:** Die Folie zeigt Themen und Bilder z.B. beim Treffen im ZBFS haben wir auch die einmalige Würzburger Prothesensammlung „Second Hand“ besucht. (Historische Entwicklung und Vielfaltigkeit der Prothesentechnik), Mustersatzung, ....

## Folie 11 ILE Waldsassengau

Zu einer besonderen Kontaktaufnahme mit Gemeinden ist es jüngst mit der Einladung zu einer ILE-Sitzung Waldsassengau gekommen. Als einen der Schwerpunkte hatten sich die Gemeinden auch „Barrierefreiheit“ auf die Agenda gesetzt. Frau Erk, unsere Inklusionsbeauftragte und ich als Behindertenbeauftragter gaben grundsätzliche Informationen und zeigten konkrete Möglichkeiten auf, wie die Gemeinden das Ziel Barrierefrei(ere) Gemeinde angehen können. Wir sind gespannt, was sich daraus entwickelt. Selbstverständlich kommen wir auch auf Einladung in andere ILEs oder Gemeinden.

## Folie 12 Netzwerke

Nicht nur, weil ich als Behindertenbeauftragter des Landkreises eher als „Einzelkämpfer“ unterwegs bin, ist mir „Netzwerken“ wichtig und sehr hilfreich in meiner täglichen, doch auch vielseitigen Tätigkeit. Die Folie zeigt wichtige Treff- und Austauschforen. Weil mir dieser Austausch so wichtig ist, werde ich gleich zum Bezirk Ufr. gehen, wo sich die kommunalen Behindertenbeauftragten auf Unterfrankenebene mit der neuen Behindertenbeauftragten des Bezirks erstmals nach der Bezirkstagswahl treffen.

### Folie 13 Kontaktpflege

In unserer Region gibt es zahlreiche Einrichtungen, Organisationen und Verbände, die Anlaufstellen für die betroffenen Menschen. Um für den Landkreis zu diesen den Kontakt zu pflegen ob bei Jubiläen, Veranstaltungen oder Festen ist mir ein wichtiges Anliegen.

Natürlich prägen meinen Alltag die regelmäßigen Präsenzzeiten im Landratsamt Montagnachmittag und Donnerstagvormittag, wo ich auch als Ansprechpartner für die ganz unterschiedlichen Anliegen der betroffenen Menschen und deren Familien zu erreichen bin.

### Folie 14 Vorhaben Barrierefreier Tourismus in der Region

Gegen Ende meines Berichts möchte ich kurz zwei Vorhaben erwähnen. Um die Freizeitmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung in unserer Region zu verbessern, habe ich das Vorhaben „Barrierefreier Tourismus in der Region“ angestoßen und auch den Zweckverband Naherholung darüber informiert. Dazu hat sich eine Arbeitsgruppe mit den zuständigen Akteuren aus dem Landkreis und der Stadt Würzburg gebildet. Als Ziel haben wir uns gemeinsame Informationen und Angebote vorgenommen. Ich hoffe, dass dieses Projekt bis zum Ende meiner Amtszeit umgesetzt werden kann.

### Folie Aktuell 15 Europawahl

Und ganz aktuell: Am kommenden Mittwoch habe ich wieder zu einem Treffen der gemeindlichen Behindertenbeauftragten eingeladen. Mit dazu die Wahlleiter der Gemeinden: Thema: Wie können bei der anstehenden Europawahl die Wahllokale barrierefrei gestaltet werden? Unterstützt werden wir dabei von Betroffenen und Experten der Akademie Frankenwarte. Um 15.00 Uhr. Interessenten aus dem Kreistag sind natürlich auch willkommen.

### Folie 16 „Bundesinitiative Barrierefreiheit“

Zum Schluss möchte ich nochmal kurz auf die eingangs erwähnte Initiative der Bundesregierung eingehen. Davon ist in der Öffentlichkeit im Gegensatz zu anderen – alles wichtige- Themen wie Grundsicherung, Zuwanderung, Fachkräftemangel, Arbeitszeitverkürzung u.a. mehr kaum etwas zu vernehmen. Auch in den Medien nicht. Schade. Dabei geht es für viele betroffene Menschen um die Lebensbereiche Mobilität, Gesundheit, Wohnen/Bauen und Digitales.

### Folie 17 Grundgesetz

Denn unser Grundgesetz sagt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Das bedeutet: **Alle Menschen ob mit oder ohne Behinderung haben das Recht auf uneingeschränkte Teilhabe.**

### Folie 18

Vielen Dank für das interessierte und aufmerksame Zuhören.“

**Kreisrat Müller** erinnert zum Thema Wohnen an den Inklusionspreis des Bezirks. Er richtet einen Appell an die Gemeinden hier unterstützend tätig zu werden und Vorschläge einzureichen.

**Kreisrat Henneberger** finde es erschreckend, dass es immer noch 12 Gemeinden im Landkreis Würzburg gibt, die keine barrierefreie Haltestelle haben. Er sieht die Gemeinden in der Pflicht.

**Landrat Eberth** verweist hierzu auf die umfangreichen Fördermöglichkeiten seitens des Freistaates Bayern oder des Kommunalunternehmens.

**Kreisrätin Celina** teilt mit, dass viele Gemeinden für ältere Menschen Sitzbänke aufstellen. Dazu merkt sie an, dass die Bänke Armlehnen und eine nicht zu weit nach hinten gerückte Rückenlehne haben sollten, damit ältere Menschen besser aufstehen können.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an SFB 5

Zur Kenntnis an S

Troll  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>06.05.2024</b>	<b>Vorlage: SFB4/026/2024</b>
		<b>TOP 3</b>
		<b>öffentlich</b>
Fachbereich: SFB4 - Büro des Landrats, Beteiligungsmanagement und zentrales Controlling		

Betreff:

**Information des Zweckverbands Abfallwirtschaft sowie Beschluss über die Errichtung einer Klärschlamm-trocknungsanlage**

Anlage/n: Präsentation

**Sachverhalt:**

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Verwertung von Klärschlamm aus kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen haben sich geändert: Die Ausbringung auf den Boden wird stark eingeschränkt und der im Klärschlamm enthaltene Phosphor muss weitgehend zurückgewonnen werden, um diesen wichtigen Rohstoff wieder in Industrie oder Landwirtschaft, z. B. als Düngemittel, einzusetzen und die Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen zu verringern. Für die größten Kläranlagen greifen die neuen Regelungen in vollem Umfang bereits ab 2029. Dazu zählt das Klärwerk des städtischen Entwässerungsbetriebs Würzburg, an das auch die im Zweckverband Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg zusammengeschlossenen Umlandgemeinden angebunden sind. Die nächste Größenklasse folgt ab 2032. Dazu gehören z. B. die Kläranlagen des Abwasserzweckverbandes Ochsenfurt in Winterhausen.

Der Umstieg auf die neuen Gegebenheiten beschäftigt seit Jahren den Zweckverband Abfallwirtschaft Raum Würzburg (ZVAWS), der das Müllheizkraftwerk Würzburg (MHKW) in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Würzburg betreibt. Die Stadt Würzburg ist neben den Landkreisen Würzburg und Kitzingen Mitglied des ZVAWS und hat vom Institut Fraunhofer UMSICHT eine Studie erstellen lassen, die künftige Verwertungswege für die Stadt und benachbarte Gebiete aufzeigt und bewertet. Die Studie empfiehlt, den Klärschlamm nach Entwässerung einer zentralen Trocknungsanlage am Müllheizkraftwerk Würzburg zuzuführen und anschließend in einer darauf spezialisierten Monoverbrennungsanlage energetisch zu verwerten, wie sie das Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt (GKS) plant. Diese Anlage soll rund 60.000 Tonnen getrockneten Klärschlamm pro Jahr verbrennen und damit Kohle als Energieträger ersetzen. Aus der Monoverbrennungsasche kann dann Phosphor entsprechend den gesetzlichen Vorgaben rückgewonnen werden.

Für die Trocknung im industriellen Maßstab bedarf es einer starken Wärmequelle. Das Müllheizkraftwerk Würzburg produziert ganzjährig Wärme in ausreichender Größenordnung. Diese wird zum einen für die Strom- und Wärmeversorgung von Würzburg verwendet, zum anderen sind noch Kapazitäten vorhanden, die genutzt werden könnten. Die Abwärme aus Abfallverbrennung gilt gesetzlich als erneuerbar bzw. gleichgestellt. Zudem sprechen die günstige zentrale Lage des MHKW an der B 8 und die langjährige Erfahrung des MHKW aus der Mitverbrennung von Klärschlamm für diesen Standort. Diese Mitverbrennung des Klärschlammes wird eben durch die Gesetzesänderungen künftig nicht mehr möglich sein, weil aus der Müllverbrennungsasche kein Phosphor zurückgewonnen werden kann. Daher macht eine Trocknung und Nutzung der Abwärme am MHKW Sinn. Die Planung geht von maximal 20 LKW-Anlieferungen zur Trocknungsanlage und 2 – 4 Abfahren pro Werktag aus. Bei der

Gesamtzahl von Fahrzeugbewegungen am MHKW fällt dies fast nicht ins Gewicht. Die Trocknungsanlage ist gut in den Anlagenverbund am MHKW integrierbar und wird mit effektiver Filtertechnik ausgestattet, um eine Geruchsbelastung auszuschließen.

Die Verbandsversammlung diskutierte eingehend das Vorhaben, wertete mehrere Gutachten aus und beschloss nun, unter Vorbehalt der Zustimmung der Kreistage, die zentrale Trocknungsanlage für entwässerten Klärschlamm am MHKW Würzburg zu realisieren. Die Anlage soll so ausgelegt werden, dass dauerhaft Entsorgungssicherheit für die anschlusswilligen Kommunen und Abwasserzweckverbände in der Region Würzburg und angrenzenden Gebieten entsteht und ein wirtschaftlicher Betrieb gewährleistet werden kann. Der Zweckverband Abfallwirtschaft leistet damit seinen Beitrag zum Aufbau einer langfristig angelegten Infrastruktur zur sicheren, ökologisch hochwertigen und klimafreundlichen Klärschlammverwertung bei fairen Kosten und schafft Planungssicherheit für die kommunalen Klärbetriebe in unserer Region.

Dabei soll ein neuer Zweckverband entstehen, um die konstante Auslastung und Refinanzierung der Trocknungsanlage zu sichern. Kommunen und Zweckverbände aus der Region können Mitglied werden. Die Organisationsform Zweckverband ist gerade im Abfall- und Abwasserbereich etabliert und gewährleistet hohe Transparenz in kommunaler Regie. Ein Pakt zwischen Kläranlagenbetreibern in seinem Einzugsgebiet und dem ZVAWS macht Synergien nutzbar und stärkt beide Seiten bei der Erfüllung ihres öffentlichen Auftrags. Die Kommunen behalten auf diese Weise ihre eigenen Angelegenheiten in der Hand. So können Marktschwankungen ausgeglichen und Abhängigkeiten von Interessen Dritter vermieden werden. Die Wertschöpfung bleibt in der Region. Die Lösung der Zukunftsaufgabe Klärschlammverwertung mit Phosphorrückgewinnung im regionalen Verbund vermeidet zudem unnötige CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Reduzierung von Transportmengen und kurze Wege. Schließlich bleibt nach der Trocknung nur noch etwa ein Viertel der vorherigen Klärschlammmasse übrig.

Durch die Erweiterung der bestehenden Anlage um die Klärschlamm-trocknung entstehen für den ZVAWS strategische und wirtschaftliche Vorteile, die Energieeffizienz wird durch die Abwärmenutzung deutlich verbessert.

Durch eine vollständige Kostenerstattungspflicht des neu zu gründenden Zweckverbandes gegenüber dem ZVAWS entstehen diesem und damit dem Müllgebührenzahler keine finanziellen Risiken.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag nimmt die Ausführungen des Zweckverbands Abfallwirtschaft zur Kenntnis und stimmt der Realisierung der zentralen Trocknungsanlage für entwässerten Klärschlamm am MHKW Würzburg zu.

### **Debatte:**

**Herr Kutscher**, Geschäftsleiter Zweckverband Abfallwirtschaft Raum Würzburg, erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation.

**Kreisrat Lehnrieder** erkundigt sich, ob Phosphorrückgewinnung aus Asche nach der Verbrennung in Schweinfurt möglich sei. Weiterhin möchte er wissen, ob Klärschlamm

getrocknet werden könne und nach entsprechender Prüfung mit einer Unbedenklichkeitserklärung an die Landwirtschaft abgegeben werden könne oder beide Wege möglich seien.

**Herr Kutscher** teilt mit, dass die Trocknungsanlage auf 50.000 t Originalsubstanz ausgelegt werden solle. Nach der Trocknung verbleiben damit 12.000 t bis 13.000 t Trockensubstanz. Wenn diese Trockensubstanz verbrannt sei, habe man noch 10 % Asche verglichen mit der Originalsubstanz. Diese kleine Menge mache es wenig attraktiv für verhältnismäßig kleine Akteure sich mit dem Thema Phosphorrückgewinnung zu beschäftigen. Grundsätzlich seien aber beide Wege möglich.

Das Fraunhofer Institut gibt der Rückgewinnung aus Asche größere Erfolgsaussichten, da mit der Verbrennung alle organische Schadstoffe vernichtet und die Anorganik gefiltert werde. Als Düngemittel weise es einen gewissen Reinheitsgrad auf und kann das Vertrauen der Landwirtschaft gewinnen.

**Kreisrat Fiederling** begrüßt es, dass der Landkreis in diese Thematik einsteige und unterstützend tätig werden will, da viele kleinen Gemeinden das Problem alleine nicht lösen könnten.

**Kreisrätin Hecht** sieht die Vorteile, dass das Problem regional gelöst werde, die getrocknete Substanz als Kohleersatz verwendet werden könne, die Nutzung der Abwärme und den wirtschaftlichen Aspekt durch die Einnahmen. Trotzdem befürchte sie eine Problemverlagerung. Die Verfahren zur Phosphorrückgewinnung seien noch nicht Standard und man wisse nicht, was komme. Laut Studie des Bayerischen Landesamtes für Umwelt seien noch immer mehrere Verfahren in der Erprobung. Die Nutzung des Phosphors als Düngemittel sei abhängig vom Verfahren der Rückgewinnung. Ihrer Meinung nach sei es noch nicht klar, ob die Rückgewinnung aus der Schlacke tatsächlich das sein werde, was zum Ziel führe, nämlich die Herstellung eines nutzbaren Düngeproduktes. Sie habe große Sorge hier in ein Verfahren zu investieren, das später doch nicht Standard werde.

**Herr Kutscher** sieht bei der Phosphorrückgewinnung aus der Asche einige deutliche Vorteile. Der Chemikalieneinsatz sei geringer als bei anderen Ansätzen, die noch in der nassen Substanz ansetzen und man sei nicht auf das Düngemittel festgelegt. Das TetraPhos-Verfahren - das Patent liegt beim europäischen und deutschen Marktführer im Entsorgungsbereich - habe sich in Hamburg, wo die Anlage betrieben werde, bewährt. Dort entstehe reiner Phosphor, der auch für industrielle Zwecke verwendet werden könne. Man sei nicht auf eine einzige Spur festgelegt. Das Fraunhofer Institut habe sich mit den Verfahren eingehend beschäftigt und noch mindestens 2 bis 3 andere Verfahren aufgezeigt, die fast soweit seien und auf die Düngemittelspur gehen wollen. Es seien große Anlagen außerhalb Bayerns im Bereich der Monoverbrennung im Bau, die auf diese Verfahren setzen. Insofern sei die Zuversicht an der Stelle begründet. Sollte es zu Verzögerungen kommen, bestehe die rechtliche Möglichkeit der Zwischenlagerung für die Verbrennungasche.

**Landrat Eberth** rechne beim Bau einer Anlage mit einer Zeit von 3 bis 4 Jahren. Deshalb seien Planungen jetzt schon sinnvoll.

**Kreisrat Rettner** teilt mit, dass in der Gemeinde Winterhausen, die sich dem Abwasserverband Ochsenfurt angeschlossen habe, der Klärschlamm in der eigenen Anlage getrocknet werde. Er sehe deshalb momentan für einen Beitritt nur den Vorteil in der Phosphorrückgewinnung in Schweinfurt.

**Landrat Eberth** weist darauf hin, dass die Vermarktung des Endproduktes der Klärschlamm-trocknung für kleinere Anlagen schwieriger werden könne.

**Herr Kutscher** teilt mit, dass es möglich wäre das in Winterhausen erzeugte Trockensubstrat auch anders unterzubringen ohne sich dem neuen Verbund anzuschließen. Er betont, dass ein Anschluss an einem Verbund Größenvorteile mit sich bringe, auch gegenüber den Verbrennern und bei der Phosphorrückgewinnung.

**Kreisrätin Behon** erkundigt sich, wie die Werte der Wärmerückgewinnung gesteigert werden können. Des Weiteren möchte sie wissen, wie weit mit den Landkreisen Main-Spessart und Neustadt an der Aisch, die Interesse für einen Beitritt zeigten, die Verhandlungen fortgeschritten seien.

**Herr Kutscher** erwidert, wenn die Trocknung mit voller Last betrieben werde, reiche die Wärme noch aus, um die Stadt Würzburg wie bisher zu versorgen. So sei eine Steuerungsmöglichkeit vorhanden, um weniger Strom aber dafür mehr Wärme zu produzieren. Man wolle auch an das ungenutzte Potenzial heran, was unter 70 °C liege. Das könne momentan energetisch nicht genutzt werden, sollte aber mit einbezogen werden, um die Trocknungsanlage zu betreiben. Im Landkreis Main-Spessart kam das Thema uneingeschränkt positiv an und es bestehe eine große Bereitschaft sich einzubringen. Das gleiche gelte auch für den Main-Tauber-Kreis.

**Landrat Eberth** möchte nicht zu tief in die Technik einsteigen. Er bittet Herrn Kutscher kurz auf die unterschiedlichen Wärmetechniken einzugehen.

**Herr Kutscher** teilt mit, dass die tatsächlich genutzte Energie pro Jahr bei 250.000 Megawattstunden liege. Im Jahr 2023 fielen davon 149.000 Megawattstunden auf die Fernwärme. Für die Klärschlamm-trocknung werden voraussichtlich 30.000 Megawattstunden benötigt.

Für die Fernwärme werde, je nachdem ob Heißwasser oder Dampf, eine Temperatur zwischen 95 °C und 130 °C benötigt. Ein nicht unerheblicher Teil der Abwärmtemperatur liege unter 70 °C und geht über Luftkondensatoren an die Luft. Über die Trocknung wolle man den Einstieg schaffen einen Teil davon nutzbar zu machen und die Energieeffizienz steigern.

**Kreisrat Götz** hält fest, dass sich der neue Zweckverband aus Abwasserzweckverbänden, die sich beteiligen wollen, zusammensetze. Der Zweckverband sei für den Betrieb zuständig. Der Landkreis Würzburg beteilige sich lediglich am Bau der Trocknungsanlage, sei aber kein Mitglied im neuen Zweckverband. Er fragt nach, ob er es so richtig verstanden habe.

**Herr Kutscher** bestätigt die Aussage.

**Landrat Eberth** lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen, nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

### **Beschluss:**

Der Kreistag nimmt die Ausführungen des Zweckverbands Abfallwirtschaft zur Kenntnis und stimmt der Realisierung der zentralen Trocknungsanlage für entwässerten Klärschlamm am MHKW Würzburg zu.

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja: 56 Nein: 1 Anwesend: 57

Beschluss-Nr.: KT/2024.05.06/Ö-3

Zur weiteren Veranlassung an SFB 4

Zur Kenntnis an S

Troll  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>06.05.2024</b>	<b>Vorlage: SFB5/003/2024</b>
		<b>TOP 4</b>
		<b>öffentlich</b>
Fachbereich: SFB5 - Büro für Chancengleichheit		

Betreff:

**Bericht der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Würzburg**

**Anlage/n:** Präsentation  
Aufstellung

**Sachverhalt:**

Carmen Wallrapp, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Würzburg, berichtet in der Sitzung über ihre Arbeit.

**Debatte:**

**Frau Wallrapp**, Fachbereichsleiterin Büro für Chancengleichheit, informiert anhand einer Präsentation zunächst kurz über den Aktionsplan Inklusion für den Landkreis Würzburg.

Anschließend stellt sie ihren Tätigkeitsbericht als Gleichstellungsbeauftragte anhand der Präsentation vor:

„Gleichstellungspolitik ist eine verfassungsgemäße Aufgabe, die als Querschnittsaufgabe in allen Politik- und Verwaltungsbereichen einfließt und von allen Verantwortlichen umgesetzt werden sollte.

Gesetzliche Grundlage ist Artikel 3 GG der besagt „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Aber auch das Bayerische Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern (Bayerisches Gleichstellungsgesetz - BayGIG vom 24. Mai 1996) sind Grundlage für das Handeln der Gleichstellungsbeauftragten und der Verwaltung.

Gleichstellung ist nicht Benachteiligung von Männern - Gleichstellung ist Beseitigung bestehender Ungleichheiten.

Das Landratsamt ist bemüht zur Verwirklichung beizutragen. In den letzten Jahren wurden insbesondere durch gleichstellungsfördernde Maßnahmen ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet:

Zum Beispiel wurde vor einigen Jahren

- flexible Arbeitszeiten
- Telearbeit (welche inzwischen sehr gut angenommen wird)
- Elternzeit (auch nicht mehr die Sache von Frauen, sondern immer mehr Väter nutzen die Elternzeit)
- Die strukturelle Verankerung einer Betrieblichen Sozialberatung hat sich inzwischen gut in das Landratsamt etabliert und wird gerne angenommen.
- Und die gezielte Gewinnung von Mitarbeitern für Führungsfunktionen durch das Nachwuchsführungskräfteprogramm des Landratsamtes wurde erfolgreich durchgeführt.

Hierin bin ich im Vorbereitungs- und Auswahlgremium mit vertreten, so wie ich bei all den genannten Maßnahmen mit eingebunden bin.

### **1. Arbeitsschwerpunkte intern:**

- In meiner Funktion wirke ich in allen Personalangelegenheiten des Landratsamtes mit, wie bei Bewerbungsgesprächen, Höhergruppierungen, Leistungsorientierte Bezahlung. Ebenso auch bei Personalauswahlverfahren.  
Bei der Personalentwicklung, LOB, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten werde ich in meiner Funktion als Gleichstellungsbeauftragte eingebunden und habe, soweit es angebracht war, aktiv mitgewirkt.
- Die Teilnahme an Klausurtagungen und auch an unterschiedlichen Ausschüssen wie, z. B. Personalausschuss, Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss sind Bestandteil meiner Aufgaben.
- Auch nehme ich an Turnusgesprächen mit dem Personalrat/Landrat/Verwaltung teil und am Jour Fixe mit dem Landrat und den Geschäftsbereichsleitern.

### Eine wichtige Aufgabe ist es auch Mitarbeiter zu Beraten:

- Beratung von Führungskräften und Mitarbeitenden zum Thema „Sexuelle Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz“.  
Es gehört zur Aufgabe von Führungskräften/Vorgesetzten sexueller Belästigung von Beschäftigten entgegenzuwirken und bekannt gewordenen Fällen nachzugehen.
- Beratung von Mitarbeitenden zu Fragen zur Weiterbildung / Karriereplanung.  
Mit interessierten Mitarbeiterinnen und mit der Personalverwaltung führte ich diesbezüglich Gespräche.
- Beratung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Konflikten am Arbeitsplatz.
- Beratung und Unterstützung bei der Rückkehr nach Elternzeit.  
In mehreren konkreten Fällen habe ich Mitarbeiterinnen beraten und habe mit den jeweiligen Vorgesetzten und der Dienststellenleitung gesprochen. Für alle Mitarbeiterinnen konnten entsprechend ihren Familienplanungen Lösungen gefunden werden.
- Auch gab es Angebote für Mitarbeitende im Landratsamt.  
Wir nennen es Kontakthalte treffen. Ein Angebot für Mitarbeitende, die aus unterschiedlichsten Gründen Sonderurlaub oder Elternzeit nehmen, werden eingeladen und über aktuellen Stand im Landratsamt informiert.
  - Vorstellung einzelner Stellen
  - Personalrat
  - Personalverwaltung und Personalentwicklung
  - Aber auch die Leitung der Kindergrippe LaLa Land

Eine weitere sehr gut angenommene Veranstaltung für unsere Mitarbeitende war die gemeinsame Veranstaltung mit dem Personalrat. „Frauen leben länger, aber wovon?“ Eine Informationsveranstaltung zur Altersvorsorge mit einem Referenten der bayerischen Rentenversicherung. Die Mitarbeitenden wurden dabei über die Auswirkungen von Teilzeit-Beschäftigung, Elternzeit usw. auf die Rente informiert. Dazu waren auch männliche Kollegen eingeladen.

Zusätzlich wird mit unterschiedlichen Flyern und auch durch die Hauspost auf die Angebote der Gleichstellungsstelle im Landratsamt aufmerksam gemacht.

Des Weiteren beteilige ich mich als Referentin beim Willkommenstag für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und stelle die Gleichstellungsstelle und meine Aufgaben vor.

In der Gleichstellungsstelle habe ich 5 Praktikantinnen aus unterschiedlichen Studiengängen und Bildungsinstitutionen angeleitet.

## **2. Als kommunale Gleichstellungsbeauftragte bin ich Ansprechpartnerin für Bürgerinnen, Bürgern und Institutionen im Landkreis Würzburg:**

- individuelle Beratung und Unterstützung von Rat suchenden Bürgerinnen und Bürgern, z.B. häusliche Gewalt, Pflege naher Angehöriger, Elternzeit usw.
- bei Bedarf vermittele ich zu anderen Behörden und Beratungsstellen
- Beratung bei beruflichen und familiären Schwierigkeiten
- Beratung bei der Ausübung von ehrenamtlichen Tätigkeiten

## **3. Flyer: Aufgaben und Angebote**

Die Flyer sind für Bürgerinnen und Bürger im Landratsamt und bestenfalls auch in den Rathäusern ausgelegt.

## **4. Themenschwerpunkte in der Öffentlichkeitsarbeit:**

In Kooperation mit anderen Einrichtungen, Gleichstellungsbeauftragten und Netzwerken greifen wir gesellschaftspolitische Themen auf. Durch gemeinsame Veranstaltungen und Projekte wird hierbei sensibilisiert, informiert, Synergien gebündelt und Öffentlichkeit hergestellt.

### Ein sehr wichtiges Thema ist die Gewaltprävention

- Aufmerksam machen auf das bundesweite Hilfetelefon, aber auch auf die regionalen Hilfesysteme.
- Unterstützung des Projektes „Mädchen stärken“, WenDo-Kurse für Mädchen an Grundschulen und Jugendzentren
- Teilnahme und Mitwirkung am interkommunalen Runden Tisch zum Thema „Häusliche Gewalt“
- Teilnahme am Arbeitskreis der unterfränkischen Gleichstellungsbeauftragten
- Teilnahme an Tagungen und Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten
- Teilnahme an Dienstbesprechungen der bayerischen Gleichstellungsbeauftragten, zuletzt in Nürnberg
- Kooperation mit Landkreisschulen und Begleitung von Seminaren und Unterricht
- Netzwerkarbeit mit unterfränkischen Gleichstellungsbeauftragten und anderen Bündnissen. Gemeinsam planen und organisieren wir Veranstaltungen zu gleichstellungsrelevanten Themen.

- Kooperationen mit der Frauenfachberatungsstelle der SkF, Fachberatungsstelle Wildwasser (sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen), Polizei, Gleichstellungsbeauftragten der Region 2, und Frauenorganisationen, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Mainfranken.
- Auch hier organisieren wir Informationsveranstaltungen und Aktionswochen
- Im Namen des Landkreises Unterstützung beim bundesweiten Aufruf „Wir brechen das Schweigen“ Ddazu wurde Infomaterial im Landratsamt und den Außenstellen ausgelegt, Aufkleber angebracht und Material in verschiedenen Sprachen an die Gemeinden verteilt. (Hilfetelefon 0800 116 016)
- Sichtbares Frauenhaus im Landkreis Würzburg - Appell an Kreistag das Projekt nicht einschlafen zu lassen

#### **5. Veranstaltungsreihe „Politik braucht Frauen“:**

Die letzte Veranstaltung um mehr Frauen in die Politik zu gewinnen mit dem Thema „Gesagt ist noch nicht verstanden!“ – Arbeit mit dem 4-Ohren Modell konnte stattfinden. Weitere zwei geplante Veranstaltungen mussten wegen mangelnden Teilnahme abgesagt werden.

#### **6. Gemeinsam Veranstaltung der unterfränkischen Gleichstellungsbeauftragten mit dem Thema „Politik braucht Frauen“**

Die 6. Veranstaltung fand in Würzburg, die 7. in Miltenberg, die 8. Aschaffenburg statt und die 9. wird in diesem Jahr in den Hassbergen stattfinden. Die Einladung an die Mitglieder des Kreistages ergeht rechtzeitig.

#### **7. Aktion zum Thema „Gewalt an Frauen“:**

Alljährliche Beteiligung an der bundesweiten Fahnenaktion. Inzwischen beteiligen sich auch die Gemeinden im Landkreis. Insgesamt haben 20 Gemeinden und 5 kreiseigene Schulen teilgenommen. Für jede Gemeinde und Schule wurde ein individuelles Plakat und eine große Tüte mit Informationsmaterial ausgehändigt. Mit der Fahnenaktion können weltweit Frauen und Männer Flagge zeigen für ein freies und selbstbestimmtes Leben von Frauen und Mädchen.

Wir haben das Landratsamt 2021 orange aufleuchten lassen, 2022 mit Luftballons geschmückt und zuletzt im Jahr 2023 orangene Schuhe und Rollstühlen im Landratsamt ausgelegt. Die Schuhe und die Rollstühle sollten stellvertretend für die 122 Frauen stehen, die im Jahr 2022 von ihren Partnern und Ex-Partnern umgebracht worden sind. Die Zahl der Gewalt an Frauen war viel höher.

Das Mediale Interesse war sehr groß. Es wurde im Radio und in der Main-Post berichtet. TV- Mainfranken, das Bayerische Fernsehen, Sat 1 und sogar die Tagesschau berichteten.

Zusätzlich zu diesen Veranstaltungen im Landratsamt habe ich einen Kinoabend im Kino Central (über 100 Teilnehmer) organisiert.

Im Landratsamt fand eine Bilderausstellung und ein Vortrag einer Betroffenen statt.

#### Weitere Projekte:

Zwei orange Bänke (eine Bank steht im Landratsamt im Foyer und eine Bank wandert durch den Landkreis (bisherige Orte: Veitshöchheim, Ochsenfurt, Aub, Höchberg, Gelchsheim). Voraussichtlich wird die Bank am 25.11.20224 nach Randersacker wandern.

Nochmals ein herzliches Dankeschön an alle teilnehmenden Gemeinden und Schulen an dieser Stelle!

## 8. Am 8. März – Internationaler Frauentag:

- Internationaler Frauentag 2022: Gleichberechtigung in der Sprache - nur Gedöns?
- Internationaler Frauentag 2023: Frauen und Kinder zuletzt!?
- Internationaler Frauentag 2024: Bleiben SIE gesund!? Frauen und die Medizin
- Malwettbewerb „Wonder Woman“ 2023/2024
- Unterschiedliche Einladungen der einzelnen Ortsverbände folgen
- Zudem finden weitere Projekte statt: z.B. der Internationale Männertag

## 9. Lesekoffer „Kunterbunte Lebenswelten“

Nach wie vor kommt der Lesekoffer sehr gut an. Inzwischen werden die Koffer auch vom Verlage „Jupiter“ beliefert. Immer wieder werden die Bücher ersetzt. Eventuell auch mit aktuellen Themen.

## 10. Ausblick:

**Neben den schon laufenden und sich etablierten Projekten sind zusätzlich in diesem Jahr geplant:**

- Veranstaltung für Mitarbeitende „Frauen leben länger aber wovon?“ Teil 2
- Projekte in den einzelnen Fachbereichen zu u.a. Gleichstellungsstelle relevanten Themen
- November bis Dezember 2024 – Gemeinsame Veranstaltungen zum Thema Genitalverstümmelung bei Frauen, Häusliche Gewalt, und Gewinnung von Frauen in die politischen Ämter
- 9. Aktionstag der unterfränkischen Gleichstellungsbeauftragten „Politik braucht Frauen“
- Kooperation mit Jugendzentren zur Stärkung der Mädchen
- 25. November „Internationaler Tag gegen Gewalt Frauen“
- Politische Reise mit den Landfrauen

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!“

**Kreisrätin Hecht** erkundigt sich nach dem Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeit und den Anteil der Mitarbeitenden mit einer Beeinträchtigung beim Landratsamt Würzburg. Weiterhin möchte sie wissen, wie die Abstimmung bzw. Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten sei, damit es nicht zu Doppelungen komme.

Sie betont, wie wichtig die Maßnahmen zur Stärkung von Frauen und Mädchen sowie alle Maßnahmen zu Gewalt gegen Frauen seien. Vieles läuft unter dem Radar der Öffentlichkeit. Besonders im Internet werde vieles verbreitet. Junge Männer entwickeln sich immer mehr zu Frauenhassern. Der Anteil der misogynen Jugendlichen ist enorm gestiegen. Sie bedaure es, dass zu wenigen Frauen Notfallnummern und das Codewort „Ist Louisa da“ für den Notfall bekannt seien und plädiere für mehr Verbreitung.

**Frau Wallrapp** berichtet von der guten Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten Herrn Joßberger und dass keine Überschneidungen vorhanden seien.

**Landrat Eberth** teilt mit, dass eine Aufstellung über den Frauenanteil, die Teilzeitquote und die unterschiedlichsten Arbeitszeitmodelle der Niederschrift beigefügt werde.

**Kreisrat Juks** teilt mit, dass einstimmig im Stadtrat Ochensfurt beschlossen wurde eine Fläche für das Frauenhaus zur Verfügung zu stellen. Dies hätten andere Gemeinden ebenfalls zugesichert. Seiner Meinung nach hänge es jetzt nur noch an der Finanzierung. Er setzt auf eine Co-Finanzierung durch Bund und Länder. Damit wäre ein Frauenhaus umsetzbar.

**Kreisrat Seifert** findet es gut, dass auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geachtet werde. Beim Thema Gewalt sehe er noch Aufklärungsbedarf.

**Kreisrätin Hecht** geht erneut auf das Thema Frauenhaus ein und spricht an, dass die Fördermittel 2024 auslaufen.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an SFB 5

Zur Kenntnis an S

Troll  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>06.05.2024</b>	<b>Vorlage: SFB8/008/2024</b>
		<b>TOP 5</b>
		<b>öffentlich</b>
Fachbereich: SFB8 - Regionalmanagement, Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung		

Betreff:

**Konzept zur Fortschreibung der Öko-Modellregion stadt.land.wü.**

**Anlage/n:**

Anlage 1 Konzept zur Fortschreibung der Öko-Modellregion stadt.land.wü. (ohne weitere Anlagen)  
Anlage 2 Projekt- und Veranstaltungsübersicht nach Handlungsfeldern für die Öko-Modellregion stadt.land.wü.

**Sachverhalt:**

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10. Mai 2021 die Bewerbung des Landkreises Würzburg zur „Öko-Modellregion Landkreis Würzburg“ mit den notwendigen Personal- und Finanzressourcen beschlossen. Anknüpfend an die Öko-Modellregion Waldsassengau wurde der gesamte Landkreis Würzburg im Herbst 2021 als Öko-Modellregion anerkannt. Im Januar 2023 wurde die Öko-Modellregion um das Stadtgebiet Würzburg erweitert. Das Öko-Modellregionsmanagement umfasst 1,5 Personalstellen.

Am 30. September 2024 endet die degressive Förderphase der staatlich anerkannten Öko-Modellregion. Stadt und Landkreis Würzburg haben die Personal- und Sachkosten dann zu 100 % zu tragen. Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus hat dem Landkreis nun eine Förderung des Öko-Modellregionsmanagements für weitere vier Jahre mit einem Fördersatz von 20 %, max. 20.000,00 € pro Jahr, in Aussicht gestellt. Voraussetzungen hierfür sind ein fortgeschriebenes Konzept, ein Antrag beim Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken (ALE) sowie entsprechende Gremienbeschlüsse von Stadt und Landkreis Würzburg.

Die bayerischen Öko-Modellregionen - aktuell 35 - sind ein Baustein des BioRegio-Programms 2030 der bayerischen Staatsregierung und sollen modellhaft zeigen, wie die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Biolebensmittel vorgebracht und erhöht werden können und somit Chancen für heimische Betriebe entstehen. Kurzum: Die Förderung des Ökolandbaus vom Acker bis auf den Teller. Neben der bayern- und deutschlandweiten Vernetzung sowie dem Austausch und die Begleitung durch Projektkoordination der Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und dem Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung (BZA) können die Fördermöglichkeiten „Öko-Verfügungsrahmen“ und „Begleitung außergewöhnlicher Öko-Projekte“ mit jeweils Fördervolumen von 50.000,00 € p.a. genutzt werden.

Unterstützt wird das im Öko-Modellregionsmanagement durch das Beraternetzwerk, welches sich aus Vertretern aus Politik, Verwaltung, Produzenten und Verarbeitern zusammensetzt. Eine enge Vernetzung und der Austausch mit anderen Regionalinitiativen wie den Interkommunalen Allianzen und LEADER wird gepflegt und stärkt so regionale Bio-Betriebe und Wirtschaftskreisläufe.

Für die Erstellung des Konzepts zur Fortschreibung der Öko-Modellregion stadt.land.wü. (Anlage 1) wurde am 31. Januar 2024 ein Workshop mit dem Beraternetzwerk und Interessierten durchgeführt. Klares Votum war, dass die bisherigen vier Handlungsfelder fortgeführt werden und die künftigen Projekte der Öko-Modellregion im Wesentlichen auf dem bisher Erreichten bzw. den angestoßenen Projekten aufbauen. Eine ausführliche Übersicht zu Projekten, Veranstaltungen und Terminen der Öko-Modellregion ist in Anlage 2 „Projekt- und Veranstaltungsübersicht nach Handlungsfeldern für die Öko-Modellregion stadt.land.wü.“ dargestellt. Mit dem Öko-Verfügungsrahmen konnten 2022 und 2023 landkreisweit 17 Kleinprojekte im Bereich Stärkung und Ausbau regionaler Bio-Wertschöpfung sowie Bewusstseinsbildung umgesetzt werden. Zudem werden im Bereich „Begleitung außergewöhnlicher Öko-Projekte“ die im Jahr 2024 gestarteten „Bio-Bildungstage“, ein Lernprogramm an Schulen und Kindergärten, gefördert.

Im Workshop wurden in Kleingruppen nachstehende zukünftige Projekte herausgearbeitet und im Plenum abgestimmt.

Handlungsfeld: Öko-Modellregion erleben		
<b>Zielgruppe:</b> Private Haushalte, Schülerinnen, Kinder	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Bildungs- und Freizeitangebote</u> zum Ökolandbau und Bio-Lebensmitteln</li> </ul>	
Projekte	Maßnahmenbeschreibung	Akteure
Bewusstseinsbildung und Verbraucherakzeptanz	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zielgruppenspezifische Kochkurse (bspw. Jugendliche in der Oberstufe, „bio zum kleinen Preis“)</li> <li>- Kulinarische Stadtführung</li> <li>- Radtour</li> <li>- Themenabende</li> <li>- <u>RegioPlusChallenge</u></li> <li>- Geschäftsführungen von regionalen <u>best-practices</u></li> </ul>	ÖMR, AELF KW, Bio Läden, regionale Akteure aus Gastronomie, landwirtschaftliche Bio Betriebe, Vermarkter, Uni Würzburg und THWS, <u>EndverbraucherInnen</u>
Bewusstseinsbildung Kitas und Schulen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bio-Bildungstage</li> <li>- Erlebnis Bio-Hof</li> <li>- Bio-Brotboxaktionen</li> </ul>	Multiplikatoren, Kitas, Schulen, Berufsschulen
<u>Social Media</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einstellen von Rezepten (<u>Foodtrends</u>)</li> <li>- <u>Reels</u> von regionalen Bio-Betrieben</li> </ul>	ÖMR, Team Presse und Kommunikation LRA

Handlungsfeld: Öko-Modellregion für Einsteiger		
<b>Zielgruppe:</b> Akteure ohne Bio-Zertifizierung entlang der Wertschöpfungskette	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Erstinformation</u> zum Thema <u>Öko-Landbau</u> und ökologische <u>Verarbeitung</u> für Akteure entlang der Wertschöpfungskette</li> <li>• <u>Informations- und Bewusstseinsbildung</u> für ökologische Produktion und Verarbeitung bei Erzeugern, Verarbeitung, Handel, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung</li> <li>• Nicht genutzte <u>Absatzwege</u> in der Region für Bio <u>stärken</u> bzw. erschließen, insbesondere Beschaffung und Verpflegung in öffentlicher Hand</li> <li>• <u>Netzwerkaufbau</u>, gewinnen und Integration neuer Akteure in die Arbeit der Öko-Modellregion</li> <li>• <u>Zusammenarbeit</u> und Projekte mit <u>Öko-Verarbeitern</u> und Aufbereiten für Druschfrüchte/Gemüse und Fleisch entwickeln</li> </ul>	
Projekte	Maßnahmenbeschreibung	Akteure
Orientierungsveranstaltungen Umstellen auf Öko-Landbau + Weinbau	Online Informationsveranstaltung	ÖMR's Unterfranken, <u>AELF's</u> , LWG, Verbände, <u>BeraterInnen</u> , landwirtschaftliche Bio-Betriebe
Infoveranstaltungen individual Gastronomie & Außer-Haus-Verpflegung	Exkursionen und geführte Besuche von ökologischen Handwerks- und Verarbeitungsbetrieben	Unterfränkische <u>ÖMR's</u> , DEHOGA, ökologische Handwerks- und Verarbeitungsbetriebe
Umsetzung des bereits bestehenden Bio-Beschlusses bei landkreiseigenen Einrichtungen und Catering eigener Veranstaltungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 20 % bis 2024</li> <li>- 30 % bis 2026</li> </ul>	ÖMR, Landratsamt mit entsprechenden Stabstellen, Landkreiseigene Schulen, Kommunalunternehmen
Begleitung einzelner Einrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vernetzung</li> <li>- Unterstützung bei Lieferkettenaufbau</li> <li>- Wertschöpfungsketten</li> <li>- <u>BioRegio</u> Coaching</li> <li>- Zertifizierung</li> </ul>	Unterfränkische ÖMRs, Einrichtungen der GV (Schulen, Kindergärten, Betriebskantinen, Krankenhäuser, Pflegeheime), <u>Speiseliieferan-</u>

Handlungsfeld: Gemeinsam vermarkten		
<b>Zielgruppe:</b> Akteure mit vorhandener Bio-Zertifizierung entlang der Wertschöpfungskette	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Sichtbarkeit</u> und Bündelung von <u>Bioprodukten</u> der Region verbessern</li> <li>• „Bio-Marketing“ Maßnahmen unterstützen, entwickeln und durchführen</li> <li>• <u>Zugang für Bio-Produkte für Verbraucher</u> erleichtern (gewohnte Einkaufsstätten)</li> <li>• <u>Vernetzung</u> der vorhandenen <u>Bio-Akteure</u> untereinander</li> </ul>	
Projekte	Maßnahmenbeschreibung	Akteure
Datenbankpflege	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aktualität des Einkaufsführers <u>stadt.land.wü</u></li> <li>- Übersicht der potentiellen <u>LieferantInnen</u> für die Gemeinschaftsverpflegung</li> </ul>	Unterfränkische ÖMRs, AELF KW GV, Stadt Würzburg mit Agenda 21, Landratsamt mit <u>Fairtrade</u>
Logistik- und Bündelungsstrukturen erarbeiten und ausbauen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung von Veranstaltungsformaten die <u>ErzeugerInnen</u> und <u>Küchen</u> zusammenbringen („Speeddating“)</li> <li>- Für Großküchen Einbezug von Großhändlern</li> </ul>	Unterfränkische ÖMRs, Regierung von Unterfranken Heimatagentur, AELF KW GV, <u>ErzeugerInnen</u> und <u>DirektverarbeiterInnen</u> , <u>VerarbeiterInnen</u> , Händler
Regionalvermarktung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weitere Projekte wie Pop-up-Store, Regionalmarkt, After-work Markt, Wochenmarkt Stand, Dorfladenbox</li> <li>- Regionalprodukt: M(W)<u>ü</u>sl<i>i</i>. Brot (- aufstrich) als Wiedererkennung, Wertschöpfungskette mit Transparenz aufzeigen</li> </ul>	Unterfränkische ÖMRs, landwirtschaftliche Betriebe, <u>VerarbeiterInnen</u> , LEH, Verbände, Gemeinden

Handlungsfeld: Gut vernetzt		
<b>Zielgruppe:</b> Bio-Akteure	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Vernetzung</u> auf Landkreis u. überregionaler Ebene (Unterfranken, angrenzende Regionen, Bayern)</li> <li>• Maßnahmen zur <u>Öffentlichkeitsarbeit</u> der Öko-Modellregion</li> </ul>	
Projekte	Maßnahmenbeschreibung	Akteure
Beraternetzwerk und Vernetzungstreffen der <u>NaturkostladenbetreiberInnen</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung und Pflege von Vernetzungstreffen</li> </ul>	ÖMR, Landratsamt, ALE, BZA, LfL, Regionale Akteure
Betriebsbesichtigungen für politische <u>EntscheidungsträgerInnen</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Besuch der „Handlungsstätten“ der ÖMR</li> </ul>	landwirtschaftliche Bio Betriebe, AHV Einrichtungen, Kreistag, Stadtrat Würzburg, Gemeinden, <u>BürgermeisterInnen</u> , Gemeinderäte
Vernetzung Stadt + Landkreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit (<u>Social Media</u>, Wertschöpfungsketten aufzeigen)</li> <li>- Kampagnen für Bio-Akteure (digital + analog)</li> </ul>	Multiplikatoren wie <u>SoLaWis</u> , Direktvermarkter, Gastronomie, Lebensmittelhandel
Vernetzung mit Handwerksinnungen (Bäckereien, Metzger, Molkereien)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Regionale Wertschöpfungskette aufbauen</li> <li>- Entwicklung und Durchführung gezielter Informations- und Vernetzungsveranstaltung</li> </ul>	Unterfränkische ÖMRs, Regierung Unterfranken Heimatagentur, Landwirtschaftliche Bio Betriebe (Getreide, Fleisch, Milch), Mühlen, Bäckereien
Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bio-<u>Regio</u>-Markt</li> <li>- Filme</li> <li>- Bio-Erlebnistage</li> </ul>	Medienpartnerschaften mit bspw. Main-Post, Funkhaus, Stadtmagazine (Blattgrün, <u>Up</u> , <u>Frizz</u> , Lust auf Gut, ...)
Unterstützung und Begleitung von Abschlussarbeiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>- „Du bist was du kaufst. Zur Wirkung regionaler Produktwerbung in Zeiten der Globalisierung“</li> </ul>	ÖMR, Uni Würzburg (Medien- und Wirtschaftskommunikation, ...), THWS (Kommunikationsdesign, Marken- und Medienmanagement, ...)

Zusammengefasst: Zukünftig soll insbesondere die Bewusstseinsbildung und Verbraucherakzeptanz für ökologische Landwirtschaft und Bio-Lebensmittel verstärkt werden (z.B. über „Event“-Veranstaltungen). Weiterhin sollen die Vermarktung und Bezugsquellen regionaler Bio-Produkte ausgebaut werden. Auch im Verarbeitungsbereich - insbesondere der Gemeinschaftsverpflegung - gilt es weiter auf einen höheren Bio-Anteil hinzuwirken.

Am 9. April 2024 wurde einer Fachjury, welche sich aus Vertretern der LfL, dem BZA, dem Landschaftspflegeverband, einem Bürgermeister und der Außer-Haus-Verpflegung zusammensetzt, das Konzept zur Fortschreibung der Öko-Modellregion stadt.land.wü. präsentiert. Die Fachjury hat einen einstimmigen Beschluss gefasst, dass die Öko-Modellregion stadt.land.wü. weiterhin förderwürdig sei. Der Beschluss wird dem Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus übersendet.

Die in Aussicht gestellten Fördermittel werden zwischen Stadt und Landkreis zu 1/3 und 2/3 aufgeteilt. Die Personalkosten für die halbe Personalstelle werden - nach Abzug der zustehenden Fördermittel - von der Stadt Würzburg vollumfänglich getragen. Sachkosten werden hälftig zwischen Stadt und Landkreis geteilt.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 15. April 2024 das Konzept zur Fortschreibung der Öko-Modellregion stadt.land.wü. einstimmig zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreistag einen Antrag auf Verlängerung der „staatlich anerkannten Öko-Modellregion stadt.land.wü.“ zu stellen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt einen Antrag auf Verlängerung der „staatlich anerkannten Öko-Modellregion stadt.land.wü.“ zu stellen.

### **Debatte:**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

### **Beschluss:**

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt einen Antrag auf Verlängerung der „staatlich anerkannten Öko-Modellregion stadt.land.wü.“ zu stellen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2024.05.06/Ö-5

Zur weiteren Veranlassung an SFB 8

Zur Kenntnis an S, KrPA

Troll  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>06.05.2024</b>	<b>Vorlage: FB13/005/2024/2</b>
		<b>TOP 6</b>
		<b>öffentlich</b>
Fachbereich: FB13 - Sicherheit und Ordnung		

Betreff:

**Satzung des Landkreises Würzburg über den Feuerwehrbeirat**

**Anlage/n:** Satzung des Landkreises Würzburg über den Feuerwehrbeirat

**Sachverhalt:**

Mit Beschluss des Kreisausschusses vom 08.07.2022 (Vorlagennummer GB 1/028/2022) und mit Beschluss des Kreistags vom 25.07.2022 (Vorlagennummer FB 13/041/2022) wurde die Geschäftsordnung des Arbeitskreises Feuerwehrwesen beschlossen. Im Anschluss wurde der Arbeitskreis erfolgreich in Leben gerufen.

Eine nochmalige juristische Prüfung ergab, dass der Arbeitskreis entgegen des § 9 der Geschäftsordnung kein vorberatender Ausschuss sein darf. Vielmehr kann der Arbeitskreis als Expertengremium den Kreistag und die Ausschüsse des Landkreises Würzburg beraten. Die Überarbeitung hat die Verwaltung zum Anlass genommen, die Geschäftsordnung in Gänze aufzuheben und durch eine Satzung des Landkreises Würzburg über den Feuerwehrbeirat zu ersetzen. In der Satzung ist im Gegensatz zur Geschäftsordnung geregelt, dass es sich um ein rein beratendes Gremium ohne Bindungswirkung für den Kreistag oder die Ausschüsse des Landkreises Würzburg handelt. An der Besetzung des Beirates ändert sich jedoch nichts.

Der Kreisausschuss des Landkreises Würzburg hat am 05.02.2024 folgenden Beschluss gefasst:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Geschäftsordnung des Arbeitskreises Feuerwehrwesen – Arbeitskreis für Atemschutzangelegenheiten und Feuerwehrbedarfsplan aufzuheben.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Satzung des Landkreises Würzburg über den Feuerwehrbeirat zu erlassen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die bisherigen Mitglieder des Arbeitskreises aus dem Kreistag (Frau Kreisrätin Karen Heußner, Herr Kreisrat Björn Jungbauer, Herr Kreisrat Alois Fischer) beizubehalten.

Die neue Satzung ist im Anhang erhalten.

Ein Sachvortrag erfolgt in der Sitzung.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag hebt die Geschäftsordnung des Arbeitskreises Feuerwehrwesen – Arbeitskreis für Atemschutzangelegenheiten und Feuerwehrbedarfsplan auf.

Der Kreistag beschließt, dass die Satzung des Landkreises Würzburg über den Feuerwehrbeirat erlassen wird.

Der Kreistag stimmt zu, dass die bisherigen Mitglieder des Arbeitskreises aus dem Kreistag (Frau Kreisrätin Karen Heußner, Herr Kreisrat Björn Jungbauer, Herr Kreisrat Alois Fischer) beibehalten werden.

### **Debatte:**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

### **Beschluss:**

Der Kreistag hebt die Geschäftsordnung des Arbeitskreises Feuerwehrwesen – Arbeitskreis für Atemschutzangelegenheiten und Feuerwehrbedarfsplan auf.

Der Kreistag beschließt, dass die Satzung des Landkreises Würzburg über den Feuerwehrbeirat erlassen wird.

Der Kreistag stimmt zu, dass die bisherigen Mitglieder des Arbeitskreises aus dem Kreistag (Frau Kreisrätin Karen Heußner, Herr Kreisrat Björn Jungbauer, Herr Kreisrat Alois Fischer) beibehalten werden.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2024.05.06/Ö-6

Zur weiteren Veranlassung an GB 1, FB 13

Zur Kenntnis an KBR

Troll  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b> <b>06.05.2024</b>	<b>Vorlage:</b>
		<b>TOP 7</b>
		<b>öffentlich</b>
Fachbereich:		

Betreff:  
**Sonstiges**

### 7.1 Medizinisches Versorgungszentrum Waldbrunn

**Kreisrat Fiederling** teilt mit, dass ihm bezüglich des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) Waldbrunn negative Gerüchte zugetragen worden seien.

**Landrat Ebert** erwidert, dass ihm nichts bekannt sei. Das MVZ werde gut angenommen und man stehe zum MVZ.

### 7.2 Beschwerden über Busfahrer

**Kreisrat Seifert** berichtet, dass an ihm Fälle herangetragen worden seien, bei denen Busfahrer teilweise sehr unfreundlich gegenüber Kunden gewesen seien. Er erkundigt sich, in wie weit Schulungen für Busfahrerinnen und Busfahrer stattfinden.

**Landrat Eberth** teilt mit, dass es immer Schulungen für die Busfahrerinnen und Busfahrer gebe. Bei den Umfragen durch die APG gebe es von den Bürgerinnen und Bürgern, die den ÖPNV nutzen, immer relativ gute Bewertungen.

Dass es einzelne Fälle geben könne, schließe er nicht aus. Er bittet Kreisrat Seifert darum, sich mit Frau von Vietinghoff-Scheel oder Herrn Stiller von der APG in Verbindung zu setzen und die genauen Daten weiterzugeben.

**Landrat Eberth** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:09 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Troll  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r